



Hände weg von Venezuela - Infoblatt Oktober 2005

www.haendewegvonvenezuela.de

Jetzt sind die europäischen Gewerkschaften am Zuge!

Als der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im April 2005 mehrere lateinamerikanische Länder bereiste, machte er laut DGB-Angaben auch in der venezolanischen Hauptstadt Caracas lediglich einen Zwischenstopp und führte dort nach DGB-Angaben „politische Gespräche“.

Dabei hätte ein längerer Aufenthalt Sommers in Venezuela, das sich seit einigen Jahren in Aufruhr befindet und in dem derzeit auch ein neues Kapitel Sozialgeschichte geschrieben wird, durchaus interessante Erkenntnisse und Konsequenzen für die Gewerkschaftsarbeit in Europa zu Tage fördern können. Denn während europaweit so genannte „Sozialreformen“ Lebensstandard und Lebensqualität der arbeitenden Menschen verschlechtern und die Gewerkschaften Abwehrkämpfe gegen Sozialabbau führen bzw. manchmal sogar große Abstriche machen und Errungenschaften preisgeben, läuft die Entwicklung in Venezuela in eine andere Richtung.

So rechnet es eine breite Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung der bolivarianischen Regierung des Präsidenten Hugo Chávez hoch an, dass diese – anders als ihre christdemokratischen oder sozialdemokratischen Vorgängerregierungen über 40 Jahre – die üppig sprudelnden Öleinnahmen nicht in wenige private Taschen umlenkt, sondern für die Finanzierung von Programmen zur Alphabetisierung Erwachsener, zur kostenlosen Gesundheitsversorgung und für andere Projekte im Interesse der ärmeren Bevölkerungsschichten verwendet. Was der

FDP-Bundestagsabgeordnete Karl Addicks verächtlich als Klientelpolitik und „Geschenke, um die Wählerbasis zu verbreitern“ bezeichnet, kommt für viele Venezolaner einer Revolution in ihrem Leben gleich. „Chávez hat uns die Augen geöffnet“, hört man immer wieder in den Armenvierteln und Dörfern des Landes.

Kontrastprogramm: In Europa wird privatisiert - in Venezuela werden Betriebe verstaatlicht.

Und während sich Gewerkschafter in Europa derzeit gegen neoliberale Privatisierungsorgien wehren und die meisten dieser Kämpfe verlieren, hat die venezolanische Regierung in den letzten Monaten in zwei spektakulären Fällen dem Druck von Betriebsbesetzungen und einer landesweiten Solidaritätsbewegung nachgegeben und Betriebe verstaatlicht, deren bisherige Eigentümer kein Interesse an einer Fortsetzung der Produktion mehr hatten. Ein anderer Weg ist möglich. Der revolutionäre Prozess in dem an Bodenschätzen und natürlichen Ressourcen so reichen und daher für die Großmächte in USA und Europa so wichtigen Venezuela hat auch eine Neuordnung der gewerkschaftlichen

Britischer Gewerkschaftsbund TUC erklärt sich solidarisch

Seite 3

Unterschriftensammlung

Seite 4

Landschaft in Gang gesetzt. Über 40 Jahre lang hatte der (auf die sozialdemokratische Partei Acción Democrática/AD orientierte) Apparat des Gewerkschaftsverbands CTV (Confederación de Trabajadores de Venezuela) die venezolanische Arbeiterbewegung beherrscht. Die CTV gehörte und gehört – wie etwa auch der DGB, der britische TUC oder der US-amerikanische AFL/CIO - dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) an, dessen Vizepräsident Michael Sommer ist. Doch in 40 Jahren Zweiparteienherrschaft, in denen die AD und die christdemokratische COPEI mit mehr oder weniger gleicher Politik abwechselnd regierten, wurde die CTV nach Aussagen des linken Gewerkschafters Simon Valdez „nicht nur korrumpiert, sondern auch mit dem Wunsch nach Selbstmord ausgestattet“. Die CTV sei zunehmend als „Erfüllungsgehilfe der Unternehmerwünsche“ in Erscheinung getreten und habe die neoliberale Politik nicht einmal im europäischen Sinne „abgefedert“, kritisiert Valdez. So habe sie immer mehr Anhang, Mitgliedschaft und politische Autorität verloren.

Dem alten Gewerkschaftsbund CTV läuft die Basis davon

Als mit dem Sieg von Hugo Chávez im Dezember 1998 ein neues Kapitel Sozialgeschichte eingeleitet wurde, schlug auch für den CTV-Apparat und seine verbliebene, aber wegbröckelnde Basis bald die Stunde der Wahrheit. Die offenkundige Fälschung der Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen durch eine an ihren Posten hängende Clique im Jahre 2001 provozierte Widerstand. Für viele engagierte Arbeiter, Angestellte und Beamte war das Maß endgültig voll, als CTV-Boss Carlos Ortega Schulter an Schulter mit dem Chef des Unternehmerverbands 2002 in einen Putschversuch gegen Chávez verstrickt war und gemeinsam mit den Unternehmern mehrmals zum „Generalstreik“ (in Wirklichkeit Unternehmerrückzug und Wirtschaftsabotage) gegen die demokratisch gewählte Regierung Chávez aufrief.

„Es war ein Versäumnis der bolivarianischen Bewegung, dass sie nicht schon in der ersten Etappe der Revolution die

fortschrittlichen gewerkschaftlichen Kräfte neu organisiert hat. Daher hatte die Mafia an der Spitze des alten Gewerkschaftsbundes CTV freie Hand, um am Putsch 2002 und an der Aussperrung im Dezember 2002 mitzuwirken. Wir haben Zeit verloren," gab ein boliviarischer Basisaktivist bei einer Vortragsreise durch Deutschland im Frühjahr 2005 offen zu.

Die Arbeiterbewegung hat sich eine neue Gewerkschaftsbewegung geschaffen - die UNT.

Doch inzwischen holt die Arbeiterbewegung das Versäumte nach. 2003 gründete sich die Nationale Arbeiterunion (UNT) als neue Plattform kämpferischer Arbeiter, Angestellter und Beamter. Die UNT meldet seither einen ständigen Zustrom und Übertritte von regionalen und betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen, die mit dem CTV-Apparat gebrochen haben und in der UNT das suchen, was sie bei der CTV seit Jahren vermissen: Unterstützung und Interessenvertretung in kleinen und großen Fragen so-

wie engagierte Tarifarbeit. Allerdings ist auch der Aufbau der UNT nicht frei von Konflikten und Widersprüchen. Im hauptamtlichen Apparat der UNT engagieren sich drei große Gruppen unterschiedlicher Herkunft und Traditionen: eine Schicht von Funktionären, die der boliviarischen Bewegung oder einer der Regierungsparteien eng verbunden sind, eine Schicht ehemaliger CTV-Bediensteter, die nun ihr Glück und eine Zukunft in der neuen Gewerkschaft suchen, sowie eine Strömung von Aktivisten, die aus der Tradition der revolutionären Linken kommen.

Der Wiener Lateinamerikanist David Mayer sieht einen „gewichtigen Geburtsfehler“ der UNT in der Tatsache, dass sie sich „nicht aus einer breiten und organisierten demokratischen Diskussion unter den Arbeitern selbst entwickelt hat“. Dadurch sei „die alte Bürokratie der CTV nicht in dem Maße geschwächt worden“, wie es möglich gewesen wäre.

„Das Ringen zwischen Reform und Revolution, das in der nächsten Zeit die gesamte boliviarische Bewegung beherrschen muss, wird sich auch in-

nerhalb der UNT widerspiegeln“, prophezeit Mayer.

Allen „Geburtsfehlern“ zum Trotz ist für Mayer wie auch für viele andere linke Gewerkschafter in aller Welt die UNT der einzige ernstzunehmende gewerkschaftliche Bezugspunkt in Venezuela. So fordern wir, dass sich die IBFG-Mitgliedsorganisationen endlich von der CTV lösen und die UNT als legitime Interessenvertretung der arbeitenden Menschen in Venezuela anerkennen soll. Diesem Begehren haben sich bisher schon namhafte Gewerkschafter und Organisationen wie etwa die italienische Metallergewerkschaft FIOM (CGIL) und die britische Journalistengewerkschaft NUJ angeschlossen - und jetzt auch der TUC.

Ob Michael Sommer bei seinem Zwischenstopp in Caracas am 8. April schon erste (geheime) Kontakte zur UNT geknüpft hat, konnten wir indes nicht in Erfahrung bringen.

Es ist an der Zeit, dass sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eindeutig positionieren. Dazu will diese Initiative einen Anstoß geben und einen Beitrag leisten.

Wer wir sind und was wir wollen

Die Kampagne Hände weg von Venezuela ("Hands off Venezuela" wurde im Dezember 2002 gegründet. Damals hatte die reaktionäre venezolanische Opposition einen weiteren Versuch gestartet, die Regierung Hugo Chávez zu stürzen und die Bolivarische Revolution zu stoppen. Dieser „Streik“ war aber keine Arbeitsniederlegung der abhängig Beschäftigten, sondern eine Massenaussperrung von oben, um einen Umsturz der demokratisch gewählten Regierung zu erzwingen.

Unser Aufruf fand bald Unterstützung bei Gewerkschaftern und linken Parlamentariern in aller Welt (siehe Artikel über TUC rechte Seite). „Hände weg von Venezuela“ hat weltweit ein starkes Echo gefunden. Wir organisieren Solidaritätsaktionen für die Bolivarische Revolution in Venezuela. Mit öffentlichen Veranstaltungen, Filmvorführungen, Infoständen, Rednerrundreisen und

anderen Aktivitäten wollen wir die Lage in Venezuela in das Blickfeld rücken und für Solidarität werben. Die Arbeit unserer Kampagne wird auch von Venezuelas Präsident Hugo Chávez persönlich anerkannt und unterstützt. Chávez hat am Rande der Veranstaltungen zum 2. Jahrestag des fehlgeschlagenen rechten Putschversuchs im April 2004 mit Vertretern unserer Kampagne gesprochen und „Hände weg von Venezuela“ auch in seiner Fernsehsendung „Alo Presidente“ ausführlich erwähnt.

Die grundlegenden Ziele unserer Kampagne sind:

- Solidarität mit der boliviarischen Revolution in Venezuela
- Ablehnung jeglicher Form von imperialistischer Einmischung in Venezuela
- Herstellung direkter Kontakte mit der revolutionären und Gewerkschaftsbewegung in Venezuela

Im Herbst 2004 sammelten wir zahlreiche Unterschriften für die Unterstützung der Betriebsbesetzung der Papierfabrik Venepal in Morón (Carabobo) und die von der Belegschaft geforderte Verstaatlichung des Betriebs unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Im Dezember 2004 übergaben wir diese Unterschriften in Frankfurt (Main) dem venezolanischen Generalkonsul Cesar Méndez. Im Januar 2005 wurde Venepal von der Regierung verstaatlicht. Gleichzeitig sammelten wir auch Spenden für den Solidaritätsfonds der Venepal-Belegschaft.

In letzter Zeit hat auch US-Außenministerin Condoleezza Rice deutlich gemacht, dass sich ihre Regierung niemals mit der boliviarischen Revolution abfinden will. Umso wichtiger ist jetzt unsere aktive Solidarität.

Es gibt viel zu tun. Daher: Mitmachen bei der Kampagne „Hände weg von Venezuela“!

Britische Gewerkschaften unterstützen die Bolivarische Revolution in Venezuela

Der britische Gewerkschaftsdachverband TUC hat sich auf seinem Jahreskongress in Brighton Mitte September 2005 einmütig für uneingeschränkte Solidarität mit der venezolanischen Revolution ausgesprochen.

Damit hat sich erstmals in Europa ein nationaler Gewerkschaftsbund in dieser Frage klar positioniert. Diese Beschlussfassung ist das Ergebnis einer systematischen monatelangen Informationskampagne der Initiative „Hands off Venezuela“ („Hände weg von Venezuela“) in den Gremien der Einzelgewerkschaften im TUC. Orlando Chirinos, nationaler Koordinator der neuen und klassenkämpferischen venezolanischen Gewerkschaftsorganisation UNT, wurde vom Kongress mit stehenden Ovationen begrüßt.

Die über 1500 Delegierten, die 6,7 Millionen Mitglieder der Einzelgewerkschaft repräsentieren, nahmen den entsprechenden Entschließungsantrag einmütig an und brachten damit auch ihre Unterstützung für die UNT zum Ausdruck, die aus der Erfahrung mit der rechtslastigen und in den Putsch von 2002 verstrickten Führung des alten Gewerkschaftsbundes CTV heraus entstanden war. Die weltweite Solidaritätskampagne „Hands off Venezuela“ engagiert sich in Zusammenarbeit mit der UNT-Führung für gewerkschaftliche Solidarität mit der venezolanischen Revolution und hatte sich von Anfang an speziell für eine enge Zusammenarbeit mit der neuen venezolanischen Arbeiterbewegung und der UNT ausgesprochen.

Der entsprechende Antrag Nr. 79 wurde in Brighton von den Vertretern der Gewerkschaft NATFHE eingebracht, die die Lehrkräfte an den britischen Hochschulen organisiert. NATFHE hat sich schon bei ihren letzten beiden Konferenzen für eine Unterstützung der Venezuela-Solidaritätskampagne ausgesprochen. Der NATFHE-Vorsitzende John Wilkin begründete den Antrag mit einem Hinweis auf die konkreten Errungenschaften der boliviarischen Revolution und die Bedrohung durch die USA und regte an, auch in Großbritannien „ein Stück Bolivarismus“ zu verwirklichen. Wilkin kriti-



sierte scharf das Zusammenspiel von CTV-Bürokratie und Unternehmerverband Fedecamaras beim gescheiterten Putschversuch im April 2002. Die Bolivarische Revolution bezeichnete Wilkin als eine Ermutigung für Kämpfer in aller Welt.

Der Antrag 79 wurde auch von den Vertretern der Lehrgewerkschaft AUT und der Eisenbahnergewerkschaften TSSA und ASLEF unterstützt. Der vom Kongress angenommene Zusatzantrag der TSSA forderte den TUC-Generalrat auf, direkte Kontakte mit der venezolanischen UNT aufzunehmen und damit einen größeren Informationsfluss über Gewerkschaftsfragen zu gewährleisten.

Mit dieser Beschlussfassung steht die TUC-Führung jetzt unter Zugzwang. Jeremy Dear, Generalsekretär der Journalistengewerkschaft NUJ und Mitbegründer von „Hands off Venezuela“ brachte es auf den Punkt: „Der TUC hat sich als erster europäischer Gewerkschaftsbund klar für die venezolanische Revolution positioniert.“ Der venezolanische Botschafter in London, Alfred Toro Hardy, hat inzwischen den Sprecher von „Hands off Venezuela“, Jorge Martin, zu diesem Abstimmungs-

erfolg beim TUC-Kongress beglückwünscht, der „das Ergebnis einer dreijährigen ernsthaften Überzeugungsarbeit in den Gewerkschaften“ sei.

Die Beschlussfassung des TUC ist von besonderer Brisanz, weil der TUC ebenso wie der DGB und die meisten anderen großen Gewerkschaftsbünde dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) angehört. Bis zum heutigen Tage betrachtet die IBFG-Führung die CTV als ihre rechtmäßige venezolanische Sektion und zeigt der UNT die kalte Schulter. Dabei hat sich die Führung der CTV durch ihre aktive Mitwirkung am rechten Putschversuch gegen die demokratisch gewählte Regierung Chávez im April 2002 selbst diskreditiert und in den letzten Jahren die meisten Mitglieder bzw. Mitgliedsorganisationen an die UNT verloren.

Nach der Beschlussfassung von Brighton könnte jetzt auch in den anderen IBFG-Gewerkschaften die Forderung nach Trennung von der CTV und voller Unterstützung für die UNT auf allen Ebenen neuen Auftrieb erhalten. Jetzt ist der DGB am Zuge!

Hands off Venezuela, Postfach 2112,
65011 Wiesbaden, Tel./Fax 0611.406807, venezuela@derfunke.de
V.i.S.d.P. Hans-Gerd Öfinger

www.haendewegvonvenezuela.de
www.handsoffvenezuela.org

Im Wortlaut:

Beschluss des britischen Gewerkschaftsbundes TUC

Dieser Kongress unterstützt die venezolanische Regierung in ihrer Zielsetzung, die Reichtümer des Landes für Reformen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung, der Armen und der Landlosen einzusetzen.

Wir stellen fest, dass die Volksabstimmung in Venezuela im August 2004 Präsident Chávez in seinem demokratischen Mandat bestärkt und ihn mit überwältigender Mehrheit bestätigt hat. Die Ergebnisse dieser Abstimmung bestätigen, dass die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und armen Bevölkerungsschichten das Sozialprogramm der Regierung Chávez in den Bereichen Bildung, Alphabetisierung, berufliche Bildung, Gesundheitswesen, Landreform und Subventionierung von Grundnahrungsmitteln unterstützt.

Gleichzeitig ist der Kongress besorgt und alarmiert über die kriegerischen Töne von Seiten der US-Regierung und ihrer Verbündeter in Kolumbien und in der venezolanischen Oligarchie,

die allesamt die bereits durchgeführten Sozialreformen zu gefährden drohen.

Der Kongress verurteilt die Versuche der Regierung der USA, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen und wird diese Besorgnis auch gegenüber der britischen Regierung vortragen.

Der Kongress erklärt sich solidarisch mit den Gewerkschaftern in Venezuela und lehnt jegliche äußere Einmischung in ihre Angelegenheiten ab.

Der Kongress unterstützt breitere gewerkschaftliche Initiativen, mit denen die aktuelle Lage in Venezuela innerhalb der gesamten britischen Arbeiterbewegung bekannter gemacht werden soll.

Dazu gehört auch die Organisation von gewerkschaftlichen Delegationen, die mit venezolanischen Gewerkschaftern zusammen kommen und feste Beziehungen knüpfen sollen. Darüber hinaus werden wir mit allen von gewerkschaftlicher Seite unterstützten Solidaritätsorganisationen in Großbritannien

gemeinsam die Solidaritätsarbeit für Venezuela fortsetzen.

Wir kritisieren die völlig unzureichende Medienberichterstattung über die Entwicklung in Venezuela und fordern den TUC-Generalrat auf, feste Beziehungen zum venezolanischen Gewerkschaftsverband UNT (Nationale Arbeiterunion) aufzubauen, damit uns wenigstens ausführlichere Informationen über gewerkschaftliche Fragen zur Verfügung stehen.

Eine unabhängige Umfrage im Juli 2005 hat ergeben, dass über 70% der Bevölkerung hinter Präsident Hugo Chávez stehen. Ebenso stellen wir fest, dass die venezolanische Regierung den USA mit der Einstellung der Öllieferungen droht, falls die Angriffe der USA auf Venezuela nicht eingestellt werden.

Wir unterstützen das venezolanische Volk in seinem Ringen um die Verteidigung seiner demokratisch gewählten Regierung.

So einmütig beschlossen am 15. September 2005 in Brighton



Bitte abtrennen und einsenden!

Solidarität mit der neuen Arbeiterbewegung in Venezuela!

Der revolutionäre Prozess in Venezuela hat den Menschen bisher schon eine Reihe von Verbesserungen gebracht. Die Regierung von Präsident Chávez setzt die Reichtümer des Landes für Reformen zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung, der Armen und der Landlosen ein.

Dafür hat sie in den letzten Jahren mehrfach breite Unterstützung und ein demokratisches Mandat erhalten. Von Anfang an war die Regierung der USA ein entschiedener Gegner dieses Prozesses. Wir verurteilen die Versuche der Regierung der USA, sich in die inneren Angelegenheiten Venezuelas einzumischen. Wir verurteilen die kriegerischen Töne von Seiten der US-Regierung und ihrer Verbündeter in Kolumbien und in der venezolanischen Oligarchie, die allesamt die bereits durchgeführten Sozialreformen zu gefährden drohen. Nachdem die Führung des alten Gewerkschaftsbundes CTV mit CIA-Unterstützung den rechten Putschversuch im April 2002 unterstützt hatte, organisiert sich die venezolanische Arbeiterbewegung mehrheitlich jetzt unter dem Dach des kämpferischen Gewerkschaftsbundes UNT.

Die europäischen Gewerkschaften, allen voran der DGB und seine Einzelgewerkschaften, müssen die UNT als einzige legitime gewerkschaftliche Kraft in Venezuela anerkennen und unterstützen.

Wir fordern den Aufbau entsprechender gewerkschaftlicher Kontakte auf allen Ebenen und die Unterstützung der Solidaritätsarbeit für Venezuela durch die DGB-Gewerkschaften.

Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich! Wir bitten um Unterstützung und Unterschrift.

Name + Anschrift

E-mail+Tel.

Unterschrift

Einsenden an: Hands off Venezuela, Postf. 2112,
65011 Wiesbaden, Tel./Fax 0611.406807, venezuela@derfunke.de